

„Suchet mich, so werdet ihr leben“

Bericht des Landesbischofs

(es gilt das gesprochene Wort)

Vor welchen Herausforderungen steht unsere Kirche in dieser Zeit? Zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution möchte ich einen Aufgabenkreis in den Mittelpunkt meines Berichtes stellen, der von der bleibenden Bedeutung des evangelischen Christ- und Kircheseins in der DDR zeugt: Ich meine die Einsichten des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die erstaunliche Aktualität dieser Einsichten und Handlungsoptionen zu erkennen und einer krisengeschüttelten Gesellschaft orientierend zu sagen, was aus der Perspektive des christlichen Glaubens dem Leben dient, gehört auch heute zu unserem Auftrag.

Die aktuelle Relevanz der Einsichten des Konziliaren Prozesses

1988 hatte in Dresden die Ökumenische Versammlung getagt und Dokumente von großer gesellschaftspolitischer Brisanz verabschiedet. Im „*Wort der Ökumenischen Versammlung*“ heißt es:

„Der biblische Ruf zur Umkehr trifft uns heute neu: Unsere Arbeit in der Ökumenischen Versammlung mündet in drei wichtige Einsichten, die uns binden und verpflichten:

- *Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen;*
- *Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen;*
- *Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Leben auf dieser Erde zu schützen und zu wahren.“¹*

Diese Verpflichtungen wurden in den weiteren Texten der Versammlung auf die Wirklichkeit in der DDR, aber auch den globalen Kontext bezogen und entsprechend konkretisiert. Das DDR-Regime versuchte, die Annahme gesellschaftskritischer Texte zu verhindern – was gerade diesen Äußerungen eine besonders hohe Akzeptanz sicherte. Die Programme der in der friedlichen Revolution neu entstehenden Parteien und Bürgerbewegungen zeigten sich von der Ökumenischen Versammlung maßgeblich inspiriert.

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schien es so, als könne sich die Kirche nun wieder ihren ‚eigentlichen‘ Aufgaben zuwenden: Friedens- und Umweltgruppen bedurften des kirchlichen Schutzraumes nicht mehr. Stellvertretend Öffentlichkeit herzustellen, war in der demokratischen Zivilgesellschaft nicht mehr notwendig.

Finanz- und Klimakrise machen heute jedoch deutlich, wie bleibend wichtig die Einsichten der Ökumenischen Versammlung sind und dass unsere Gesellschaft – um des Lebens willen! – Orientierung durch Gottes Wort braucht. Nicht nur die jüngste Debatte um Afghanistan hat ja gezeigt, dass der gesellschaftspolitische Diskurs im Sinn einer kooperativen Wahrheitssuche der Perspektive des Glaubens bedarf. Es gehört also auch heute zu unserem Auftrag, uns als Kirche zu den (Über-)Lebensfragen unserer Zeit zu äußern.

Heino Falcke hat zu recht darauf hingewiesen, dass wir wach und sensibel Tendenzen wehren sollten, die die Ganzheitlichkeit des christlichen Auftrags in Frage stellen: „*Der Auftrag der Kirche bezieht sich auf das Ganze der menschlichen Existenz und ist nicht auf einen Teilbereich des Religiösen, Individuellen und Privaten einzugrenzen.*“² Wenn früher das DDR-Regime versuchte, kirchliche Arbeit auf das Kultisch-Religiöse zu begrenzen, so gibt es

¹ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Teil 1, S. 9

² Heino Falcke, Wo bleibt die Freiheit. Christ sein in Zeiten der Wende, Freiburg 2009, S. 180

heute die Gefahr der Selbstbeschränkung. Auch im Raum der Kirche hat es sich eingebürgert, von ‚Kernkompetenzen‘ zu reden, auf die man sich konzentrieren solle. Auch das Impulspapier *„Kirche der Freiheit“* macht hier keine Ausnahme. Der aus der Betriebswirtschaft stammende Begriff der ‚Kernkompetenz‘ soll dazu anleiten, sich in der Konkurrenz mit anderen ‚Sinnanbietern‘ durch Besinnung auf das spezielle Produktprofil am Markt zu behaupten.³ Auf die ganze Gesellschaft gesehen, muss das Konzept der Konzentration auf Kernkompetenzen am Ende dazu führen, dass sich Kirche in den Kompetenzfeldern Politik, Wirtschaft, Kultur, Religion allein auf das Religiöse beschränkt. Äußert sich Kirche in unbequemer Weise zu politischen Fragen, wird dies dann schnell als unsachgemäße Einmischung zurückgewiesen. Mit Heino Falcke ist demgegenüber festzuhalten: *„Das biblische Heil bezieht sich nicht primär auf den Einzelnen, sondern auf das Volk und die Völker, auf die Geschichte und die Schöpfung, und der zentrale Heilsbegriff in der Verkündigung Jesu ist der politischen Welt entnommen: Reich Gottes.“*⁴

Die vorrangige Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen

„Suchet mich, so werdet ihr leben.“, richtet der Prophet Amos Gottes Anspruch aus (Am 5,4). Der Kontext dieses Wortes macht deutlich, dass es keineswegs um eine rein spirituelle Suche nach Gott geht, sondern um einen Umkehrruf an jene, *„die ihr das Recht in Wermut verkehrt und die Gerechtigkeit zu Boden stoßt. . . . Darum, weil ihr die Armen unterdrückt und nehmt von ihnen hohe Abgaben an Korn, so sollt ihr in den Häusern nicht wohnen, die ihr von Quadersteinen gebaut habt, und den Wein nicht trinken, den ihr in den feinen Weinbergen gepflanzt habt.“* (Am 5,7+11)

Geleitet von der Erkenntnis, dass Schalom eine Frucht der Gerechtigkeit ist (Jes 32,17), forderte auch die Ökumenische Versammlung Umkehr – Umkehr der Gesellschaft und der Kirche. Sie beschloss *„eine vorrangige Option für die Armen. Das bedeutet: die Entscheidung in ökonomisch-politischen Fragen und in Fragen des persönlichen Lebensstils müssen auch in ihrer Verflochtenheit mit dem Problem der Zwei-Drittel-Welt verstanden werden und vor den Armen verantwortbar sein.“*⁵

Das Sozialwort der beiden großen Kirchen in Deutschland hat sich diese ‚Option für die Armen‘ zu eigen gemacht und erklärt: *„In der Perspektive einer christlichen Ethik muss ... alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nutzt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.“*⁶ Wenn das doch geschähe!

Welche Konsequenzen hat die vorrangige Verpflichtung gegenüber den Armen für unsere Zeit?

Sie, liebe Synodale, haben auf Ihrer Tagung am 31.März 2007 einen Konsultationsprozess zu Globalisierungsfragen mit unseren Partnerkirchen beschlossen, der Ende September letzten Jahres in Leipzig stattfand. In der Abschlusserklärung dieser Konsultation heißt es:

³ Vgl. a. a. O., S.181

⁴ A. a. O., S. 182

⁵ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Teil 1, S. 19f

⁶ Kirchenamt der EKD / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Gemeinsame Texte 9, 1997, S. 44f.

„Angesichts der schwer wiegenden Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, besonders für die Länder des Südens, muss sicher gestellt werden, dass in Zukunft die Finanzwirtschaft wieder der Realwirtschaft dient und dazu beiträgt, den ökologischen Umbau der Weltwirtschaft mit den Prinzipien von Nachhaltigkeit, Rechenschaftspflicht, Demokratie und Transparenz voranzutreiben. Die Kosten der Finanzkrise sollten insbesondere vom Finanzsektor getragen werden. Ein wirksames Instrument kann dabei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sein, wie sie von verschiedenen europäischen Regierungen zurzeit gefordert wird. Bonuszahlungen sind eine unbegründete Bevorzugung weniger Berufsgruppen. Wir lehnen sie deshalb als unmoralisch ab und fordern ihre Abschaffung.“

In der Tat, es darf nicht sein, dass gegenwärtiges Krisenmanagement nur die Wiederherstellung der früheren Verhältnisse zum Ziel hat – der Verhältnisse, die diese Krise herbeigeführt haben. Perversionen des Marktes müssen beseitigt werden. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind so zu verändern, dass es zukünftig unmöglich ist, Gewinne zu machen durch Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit ganzer Volkswirtschaften, die in der Folge in nur noch schwierigeres Fahrwasser geraten. Ein aktuelles Beispiel ist Griechenland.

Folgt man der Studie *„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“*, so bedarf es – auch global gesehen – eines grundlegenden Kurswechsels: Weil der bloße Markt blind ist für Ökologie und Gerechtigkeit müssen *„menschenrechtliche Leitplanken und ökologische Begrenzungen ... den Rahmen für ökonomische Ziele definieren und, wenn notwendig, beschränken“*.⁷ Die Hoffnung vieler Menschen während der friedlichen Revolution, nicht einfach von einem Gesellschaftssystem ins andere zu wechseln, sondern einen Paradigmenwechsel herbeiführen zu können, hat sich bislang nicht erfüllt. Die Aufgabe, die Marktwirtschaft nachhaltig sozial und ökologisch zu gestalten, bleibt. Mit Recht stellt die Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ fest:

*„Arme sind verhinderte Akteure. . . Armutsbekämpfung verlangt nach mehr Rechten und Selbstbestimmung. Armut kann dauerhaft nicht durch Experten, Geldgeber oder Unternehmen, die von außen gerufen werden, bekämpft werden, sondern nur durch die Armen selbst. Notwendig ist ein Ermächtigungsprogramm, das ihren Gestaltungsspielraum erweitert und Machtverschiebungen anstrebt.“*⁸

Wie in Otjivero etwa, einer 1000-Einwohner-Siedlung in Namibia, von der ich kurz erzählen will. Bis vor einem Jahr gab es über 70% Arbeitslose. Die Unterernährungsrate lag bei 42%. Schulbildung hatten wenige. Alkoholismus, Kriminalität, Aids – dafür war der Ort bekannt. Nun hilft ein Grundeinkommen gegen Hunger und Armut: 100 Namibia-Dollar im Monat, umgerechnet 9 €, für jeden und jede ohne Auflagen oder Gegenleistung. Noch stammt das Geld aus Spenden, z.B. aus den evangelischen Kirchen in Rheinland und Westfalen. Zukünftig soll es aus Steuern kommen. Die Wirkungen sind verblüffend: Eine Frau hat sich vom Startkapital einen eigenen Herd gekauft. Damit bäckt sie täglich 250 Minibrote. Sie ist unabhängig geworden. Ihre Kinder gehen zur Schule.

Andere Frauen besorgten sich Stoffreste und begannen Kleider zu nähen. Einer kaufte Zement und formt nun Ziegelsteine. Ein anderer begann, Schuhe zu reparieren. Andere halten Hühner oder bauen Mais an.

⁷ Wegmarken für einen Kurswechsel. Zusammenfassung der Studie *„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“* des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, S. 5

⁸ A. a. O., S. 19

Ein Mann kam einmal zu den Initiatoren des Projekts gelaufen und sagte strahlend: „Seht ihr nicht?“ Sie fragten ihn, was er meine. „Seht ihr nicht, ich habe jetzt eine Hose und ein T-Shirt. Ich bin jetzt ein Mensch.“

Ein ‚Ermächtigungsprogramm‘ für die Armen, ‚das ihren Gestaltungsspielraum erweitert und Machtverschiebungen anstrebt‘ – wie fremd klingt das auf dem Hintergrund aktueller Hartz IV-Debatten in Deutschland, wo man sich mit der Frage plagt, ob Betroffene Gutscheine oder Geld erhalten sollten, und wo im Namen einer ominösen ‚Leistungsgerechtigkeit‘ Bevölkerungsgruppen schamlos gegeneinander ausgespielt werden!

Und doch ist es leichter, die Verhältnisse zu kritisieren als Gottes Anspruch an uns selbst zuzulassen und ernst zu nehmen. Die Ökumenische Versammlung war sich dessen völlig bewusst. Dennoch folgerte sie aus der Erkenntnis, dass Gottes rettende Gerechtigkeit durch die Selbsthingabe Jesu Christi uns befreit, dass wir uns nun mit all unseren Fähigkeiten seiner Gerechtigkeit zur Verfügung stellen können:

„So soll die Gemeinde Jesu Christi eine Solidargemeinschaft mit den Armen sein, in welcher Macht und Herrschaft im Zeichen des Dienstes kritisiert und abgebaut . . . und Zeichen einer Gemeinschaft des miteinander Teilens und der Teilhabe aufgerichtet werden (Mk 10,42-45; Mt 5,5,; 11,25-30; Lk 19,1-10)“⁹

Ich bin dankbar für manche Aufbrüche in unseren Gemeinden hin zu den Armen – in Tafeln und warmen Mittagstischen, in Beratungs- und Begegnungsangeboten, in Partnerschaftsprojekten. Doch die Gefahr, im eigenen Milieu gefangen zu bleiben, sich darin zu erschöpfen, das laufende Programm aufrecht zu halten, ist auch nicht zu übersehen.

In einem Lied von Landarbeitern aus Paraguay heißt es:

*„Lasst uns den lebenden Herrn preisen,
alle, die wir Hunger und Durst haben,
alle, die nach Befreiung schreien,
alle, die sein Geist erschüttert.*

*Lasst uns Christus nachfolgen,
Christus, dem Herrn der Geschichte,
der die Unterdrückten seines Volkes
geliebt und ihnen geholfen hat;
er ist gekommen,
um auch uns zu helfen*

...

*Herr,
wenn die Blinden sehen
und die Lahmen gehen,
wenn sich das Volk aufmacht,
sehen wir deine Hand am Werk.*

...

*Es ist Christus, der mit uns kämpft.
Wen sollen wir fürchten?“¹⁰*

⁹ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Teil 1, S. 19

¹⁰ Friedolf Heydenreich (Hrsg.), Melodie der Erde. Lob und Klage aus aller Welt, Kevelaer 1994, S. 45f

Schwestern und Brüder, solchen Hunger, solchen Durst ersehne ich für mich und für unsere Kirche – dass wir uns nicht erschöpfen lassen in der Aufrechterhaltung des alltäglichen Betriebs, sondern dass wir uns – selbst erfrischt von der Kraft des Evangeliums – führen lassen in die Begegnung mit den Menschen, zu denen Jesus heute zuerst gehen würde. Dass wir – Hauptamtliche wie Gemeindeglieder – eine Sprache finden, die auch von Menschen verstanden wird, für die ‚Gott‘ ein Fremdwort ist aus längst versunkenen Zeiten! Dass man unter uns erleben kann, wes Geistes Kind wir sind – lebendig, wahrhaftig, geschwisterlich! Und mit bergendem Raum für jene, die unter uns müde geworden sind. Auf sein Wort hin – nicht aus uns selbst, sondern im Vertrauen auf Gott können wir so sein.

Die vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen

„Umkehr zum Schalom als dem Frieden der Völker“ – unter dieser Überschrift hat die Ökumenische Versammlung an die biblische Hoffnung auf den Frieden der Völker erinnert, der von der Herrschaft der Gerechtigkeit Gottes ausgeht. Auch wenn sich der Völkerfriede erst mit der Vollendung des Reiches Gottes ganz verwirkliche, sei der Weg dieses Friedens „durch Gewaltfreiheit, Dienstbereitschaft und konfliktfähige Feindesliebe geprägt (Mt 5,39ff, Mk 10,42ff)“.¹¹ Dem gewaltfreien Friedensweg Jesu komme neue politische Bedeutung zu. „Schalom als Beziehungswirklichkeit weist auf ein kommunikatives, kooperatives Friedensverständnis.“¹² Anstelle der Lehre vom gerechten Krieg sei eine Lehre vom gerechten Frieden zu entwickeln.

Wie verhalten sich diese Einsichten zu den Realitäten unserer Zeit?

Vor einem Jahr haben Sie sich, liebe Synodale, gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ausgesprochen. In meiner geistlichen Besinnung zum Osterspaziergang 2009 für die Freie Heide habe ich an ein herausforderndes Wort Dietrich Bonhoeffers erinnert, der auf der Ökumenischen Konferenz 1934 in Fanö sagte: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.“ Bonhoeffer kritisierte, dass immer wieder Friede und Sicherheit verwechselt würden. Stattdessen war er überzeugt: „Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wieder Krieg.“¹³

Dieser Gedanke mag auf den ersten Blick weltfremd wirken. Was sollte problematisch daran sein, Frieden auf dem Weg der Sicherheit erreichen zu wollen? Ist der Gedanke der Sicherheitspartnerschaft nicht schon ein wichtiger Fortschritt gegenüber den Doktrinen von Abschreckung und ‚Vorwärts-Verteidigung‘?

Und doch: Bloßes Sicherheitsdenken steht dem Vertrauen im Weg, das gewagt werden muss, damit Friede wird. Damit nicht nur kein Krieg ist, sondern in umfassendem Sinn Friede wird.

Darum gilt es, für den gerechten Frieden zu arbeiten – „dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede einander küssen“, wie es heißt im 85.Psalm. Und auch das Neue Testament sieht Gerechtigkeit und Frieden als ihrem Wesen nach untrennbar verbunden: „Das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit und Friede und Freude im heiligen Geist.“ (Röm 14,17).

¹¹ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Teil 1, S. 21

¹² A. a. O., S. 22

¹³ Dietrich Bonhoeffer Werke Bd. 13, Gütersloh 1994, S. 300

Nicht die Rechtfertigung vermeintlich gerechter Kriege, sondern der Einsatz für den gerechten Frieden muss unsere Sache sein. Wo früher galt: „*Wenn du den Frieden willst, dann bereite den Krieg vor*“, da muss uns heute der Satz leiten: „*Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor*.“ Einen Frieden, der werden und wachsen kann durch mehr Gerechtigkeit. Wie viele Konflikte wären entschärft, wenn zugrunde liegende Ungerechtigkeiten verringert würden!

Deshalb gilt es, Frieden als etwas Prozesshaftes zu begreifen – wie die Friedensdenkschrift der EKD ausführt: „*Friede ist kein Zustand. . . , sondern ein gesellschaftlicher Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit*“¹⁴ In diese Richtung gilt es, gesellschaftlich und politisch Gewichte zu verlagern – weg von einem überholten Sicherheitsdenken hin zu einem breiten Engagement für gerechten Frieden, das bereit ist, Vertrauen zu wagen.

Der Verzicht des Bundesverteidigungsministeriums, die Kyritz-Ruppiner Heide als Bombodrom zu nutzen, hat in der Region große Freude ausgelöst. Allerdings sind andere militärische Nutzungen der Heide noch nicht ausgeschlossen.

Unser ganzes Land war an der Jahreswende bewegt von den Diskussionen um den deutschen Afghanistan-Einsatz. Äußerungen Margot Käßmanns in Interviews und Predigten lösten eine intensive, gesellschaftliche Debatte aus. Wird Deutschlands Sicherheit wirklich auch am Hindukusch verteidigt? Was heißt es, wenn nicht nur elder statesmen wie Helmut Schmidt¹⁵, sondern auch der jetzige Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (wie kürzlich in einer Fernsehsendung) davon ausgehen, dass Afghanistan militärisch nicht zu gewinnen sei? Was bedeutet das für die betroffenen Soldaten und ihre Familien? Welche Konsequenzen sind militärisch und für den Aufbau der Zivilgesellschaft zu ziehen?

Die Lage in Afghanistan ist im Blick auf seine vielen Völker und Stämme, seine kulturelle und religiöse Vielfalt, seine konfliktreiche Geschichte, auch im Blick auf das Fehlen einer Zivilgesellschaft überaus komplex und kompliziert. Kirchliche Äußerungen stehen dadurch schnell im Verdacht mangelnder Kompetenz. Gelegentlich hilft aber gerade die Perspektive von außen, sich nicht von der Eigendynamik einer militärischen Logik fortreißen zu lassen.

In meiner Weihnachtsbotschaft habe ich daher daran erinnert, dass Gott den Zwang zu siegen durchbrochen hat. „*Wenn ihr aufhören könnt zu siegen, wird diese eure Stadt bestehn*“, lässt denn auch Christa Wolf ihre Cassandra sagen. Und sie fährt fort: „*Hör zu. Ich glaube, dass wir unsere Natur nicht kennen. Dass ich nicht alles weiß. So mag es, in der Zukunft, Menschen geben, die ihren Sieg in Leben umzuwandeln wissen*.“¹⁶ Nach wie vor halte ich Überlegungen zu einem verantwortlichen Rückzug der militärischen Kräfte für geboten, der die afghanische Bevölkerung nicht der Gewaltherrschaft radikaler Taliban überlässt. Dazu bedarf es einer friedenssichernden Gesamtkonzeption, etwa nach dem Vorbild des Entspannungsprozesses der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aus der Zeit des Kalten Krieges. Eine politische Lösung kann nicht ohne die afghanischen Anrainerstaaten, letztlich aber auch nicht ohne die Konfliktgegner gelingen. Darum ist es zu begrüßen, dass nun der Dialog auch mit gemäßigten Taliban gesucht werden soll.

¹⁴ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007, S. 54

¹⁵ Helmut Schmidt, Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen, DIE ZEIT Nr. 5, S. 3

¹⁶ Christa Wolf, Cassandra. Erzählung, 1983, S. 132

„*Ein evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan*“ vom 25. Januar 2010 nahm im Vorfeld der Londoner Afghanistankonferenz den Leitgedanken des gerechten Friedens auf und forderte unter anderem:

- eine umfassende Bestandsaufnahme der Lage, bei der der Aufbau der Zivilgesellschaft erkenntnisleitende Frage sein sollte,
- den Vorrang ziviler Anstrengungen gegenüber der militärischen Logik,
- ziviles und militärisches Handeln müsse aufeinander bezogen und zugleich deutlich voneinander unterschieden sein, damit die einheimische Bevölkerung wisse, ob sie es mit militärischen oder zivilen Kräften zu tun habe,
- klare Strategien und Ziele – auch im Blick auf die Beendigung der Intervention,
- ein Mandat des Bundestags auch für den Einsatz der zivilen Kräfte,
- ein Datum für die Evaluation des gesamten Einsatzes.

Das Wort, das sich auch der Rat der EKD zu eigen gemacht hat, weist anhand der in der Friedendenkschrift entwickelten ‚Kriterien für den Einsatz rechtserhaltender Gewalt‘¹⁷ auf deutliche Defizite des deutschen Einsatzes hin und urteilt: „*Ein bloßes ‚Weiter so‘ würde dem militärischen Einsatz in Afghanistan die friedenethische Legitimation entziehen.*“ Zugleich bekundet das Wort allen, die in Afghanistan für den Frieden arbeiten – auch den Angehörigen der Bundeswehr und anderer internationaler Streitkräfte – Respekt und Dankbarkeit.

Die von Margot Käßmann angestoßene breite Debatte war überfällig und hat Wirkung gezeigt – in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in der Wahrnehmung von Kirche, aber auch bei den politisch Verantwortlichen. Viele Menschen haben dankbar auf die klare Position der evangelischen Kirche reagiert. Nicht wenige Christen in der Bundeswehr zeigten sich irritiert, weil sie manche der Äußerungen als Infragestellung ihres Dienstes insgesamt verstanden. Die Bundesregierung hat einzelne Anregungen aufgenommen, indem sie zum Beispiel die Entwicklungshilfe für dieses Land verdoppelte.

Dennoch können wir die Afghanistandebatte nicht für beendet erklären: Zu Recht weist der Friedenbeauftragte der EKD, Renke Brahm¹⁸, darauf hin, dass nach wie vor weder ein Vorrang des zivilen vor dem militärischen Engagement zu erkennen sei noch eine klare Abzugsperspektive. Gespräche mit den Anrainerstaaten und Konfliktgegnern stehen aus. Deshalb sind die politisch Verantwortlichen – gerade auch um der ihnen anvertrauten Soldatinnen und Soldaten willen – gefordert, die Neuausrichtung des Afghanistaneinsatzes nicht nur verbal, sondern substantiell voranzutreiben.

Die vorrangige Verpflichtung, Leben auf dieser Erde zu schützen und zu wahren

Die Ökumenische Versammlung erinnerte daran, dass der Schalom Gottes die ganze Schöpfung umgreife. Umkehr in den Schöpfungsfrieden heiße, aus den Verengungen des Denkens zur Ganzheitlichkeit umzukehren. So sei ‚Bewahrung der Schöpfung‘ nicht auf ökologische Probleme einzuschränken, sondern umfasse auch Aspekte der Gerechtigkeit und des Friedens. Umkehr in den Schöpfungsfrieden heiße aber auch, vom Machtdenken zur Solidarität mit den Mitgeschöpfen umzukehren. „*So vertreten wir als Grundorientierung in der Schöpfungsverantwortung eine vorrangige Option für den Schutz und die Förderung des Lebens. Diese Option ist im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie geltend zu machen*

¹⁷ Vgl. Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh, S. 68 ff

¹⁸ Vgl. epd-Meldung vom 11. März 2010

*als vorrangiges Eintreten für das ökologische Erhaltungsinteresse vor dem ökonomischen Wachstums- und technischen Machbarkeitsinteresse.*¹⁹

Das Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels hat einer breiten Öffentlichkeit die Brisanz unseres Kohlendioxidausstoßes deutlich gemacht, aber auch die vereinten Anstrengungen gegen eine Klimakatastrophe um Jahre zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die Arten der Energiegewinnung in unserem Land hoch umstritten: Gegen ein neues Kohlekraftwerk in Lubmin regte sich erheblicher Widerstand. Der Investor zog sich zurück. Mecklenburgische Kirchengemeinderäte, die auf Grundstücken ihrer Gemeinden Windkraftanlagen errichten lassen wollen, sehen sich, mit Bürgerinitiativen konfrontiert, die sich gegen noch mehr Windräder in ihrer Landschaft wenden. Die neue Bundesregierung plant die Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke, weil diese als notwendige Brückentechnologie beim Übergang zur Energiegewinnung aus regenerativen Energieträgern und zur Erreichung der Klimaziele gebraucht würden. Gleichzeitig führen die Vorgänge um das Lager Asse und die nicht geklärte Frage der Endlagerung vor Augen, mit welcher unabsehbaren Problemen diese Technik verbunden ist.

Die Leipziger Erklärung der Konsultation mit unseren Partnerkirchen äußert sich grundsätzlich:

„Der fortschreitende Klimawandel zerstört in erschreckendem Umfang die Lebensgrundlagen der Menschheit. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, die Energiewirtschaft auf regenerative Energien umzustellen, ohne dass sie in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln tritt. Atomenergie ist keine verantwortbare Alternative – auch weil die ungeklärte Endlagerung der radioaktiven Abfälle eine Bedrohung der Menschheit darstellt. Um auch in den Ländern des Südens Solarenergie für jedermann zugänglich und bezahlbar machen zu können, muss das Problem effektiver Stromspeicherung dringend gelöst werden. Gemäß dem Verursacherprinzip müssen die Industrieländer verpflichtet werden, die notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die inzwischen unvermeidbaren Folgeschäden des Klimawandels in Entwicklungsländern zusätzlich zu den vorhandenen Entwicklungsbudgets zu finanzieren.“

Dieselbe Erklärung nimmt aber auch die ökologischen Probleme unserer Partnerkirchen wahr: *„Die Erfahrungen aus Kasachstan (Aralsee), Südwest-USA (Lake Mead) und Tansania (Viktoriasee und der schmelzende Gletscher des Kilimanjaro) machen beispielhaft deutlich, dass auch ein effektiver Schutz von Binnenseen und Flusssystemen vor exzessiver Nutzung international durchzusetzen ist. Zur Stärkung des Umweltbewusstseins können die Kirchen in den industrialisierten Ländern beitragen, indem sie für ihren CO₂ – Ausstoß Ausgleichszahlungen leisten, mit denen Projekte in ihren Partnerkirchen finanziert werden.“*

Ich kann die Synode nur ermutigen, diesen letzten Gedanken konkret aufzunehmen. Wir haben Berechnungen über den Kohlendioxidausstoß anstellen lassen, der mit den Dienstreisen des Oberkirchenrats verbunden ist. Daraus ergibt sich, dass entsprechende ökologische Kompensationen für unsere Kirche keineswegs unbezahlbar sind. Könnten mit solchen Ausgleichszahlungen Wiederaufforstungsprogramme in unseren Partnerkirchen gefördert werden, wäre dies besonders erfreulich. Lassen Sie uns zudem nach Möglichkeiten suchen, wie wir die Sanierung unserer Pfarrhäuser unter energiesparenden Gesichtspunkten noch intensiver fördern können. Stärken wir unsere Kirchengemeinderäte in den Konflikten um regenerative Energien! Das Scheitern von Kopenhagen sollte uns zu einem „Jetzt erst recht!“ eigener Phantasie und Anstrengung motivieren.

¹⁹ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Teil 1, S. 25

Sich selbst zu einem ökologisch bewussten Verhalten zu verpflichten – dies wird in der Leipziger Erklärung auch angemahnt für:

- kirchliche Geldanlagen,
- das kirchliche Beschaffungswesen und
- einen Lebensstil, der den Verbrauch von Rohstoffen reduziert.

„*Tu das, so wirst du leben*“ (Lk 10,28), sagt Jesus zu einem, der alles richtig weiß und sich auch für das ewige Leben interessiert, aber seine Lebenspraxis nicht danach ausrichtet.

Was hindert es heute, dass Menschen, dass wir tun, was dem Leben dient? Die allgegenwärtigen Versuchungen der Konsumgesellschaft? Schlichte Bequemlichkeit? Dass wir in einer Gesellschaft leben, „*die auf einer Art moralischer Ermäßigung aufgebaut ist, auf der Mittelmäßigkeit, die das Unrecht nicht tun will, es aber duldet*“?²⁰ Dass Problembewusstsein und schlechtes Gewissen nicht ausreichen, um einen Lebensstil dauerhaft zu verwandeln? Vieles kommt da zusammen.

„*Sucht mich, so werdet ihr leben*“, sagt Gott durch den Propheten Amos. Umkehr mit Verheißung: Unsere Hinwendung zu Gott führt zum Leben. Darum scheint mir die theologische Grundorientierung der Ökumenischen Versammlung – Umkehr in den Schalom – auch für unsere Zeit verheißungsvoll: Wir werden unser Leben ändern lassen müssen – als Gesellschaft, als Kirche, persönlich. Wir können unser Leben ändern lassen – durch Christus, die Quelle unseres Mutes. Denn wir müssen nicht bleiben, wie wir sind. Mit dem Schalom Gottes, dessen Leib, Seele und Geist die Gerechtigkeit ist, und der uns in Einheit mit allen Mitgeschöpfen versprochen ist, wird unser Leben neue Qualität gewinnen.

„*Sucht mich, so werdet ihr leben*“. In der Hinwendung zu Gott können wir diese Erfüllung erfahren und ‚Salz der Erde‘ sein.

Darum lasst uns einander ermutigen, das Wirken Gottes unter uns wahrzunehmen und ihm in unserem Leben und Kirchesein Raum zu geben. Wenn das Reich Gottes endgültig kommen wird, wenn den Opfern dieser Welt endlich Gerechtigkeit widerfahren wird und die neue Schöpfung Gottes anbricht – es wird überraschend und unübersehbar sein, wie ein Blitz, der alles erhellt.

Bis dahin wollen wir Bäume pflanzen, Familien gründen, die Freiheit verteidigen, die Schöpfung hüten. Bis dahin lasst uns die Demokratie stärken, hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, Gefangene besuchen und Hungrige speisen, sanftmütig und widerständig, friedensfähig und bereit zur notwendigen Auseinandersetzung – mit einem Wort: Lasst uns dem Herrn leben. Nicht irgendwann, heute ist die Zeit, jetzt ist der Tag des Heils. So ernst und so schön ist unser Leben.

²⁰ Dorothee Sölle, *Mystik und Widerstand. „Du stilles Geschrei“*, Hamburg 1997, S. 332